Verordnung
über den elektronischen Rechtsverkehr in Hamburg

Vom ...

Auf Grund von

- § 8a Absatz 2 Satz 1 des Handelsgesetzbuches vom 10. Mai 1897 (BGBl. III 4100 1), zuletzt geändert am 11. April 2024 (BGBl. I Nr. 120 S. 1, 2), und § 1 Nummer 1 der Weiterübertragungsverordnung - elektronischer Rechtsverkehr vom 2. Januar 2007 (HmbGVBl. S. 1, 2), zuletzt geändert am 23. März 2021 (HmbGVBl. S. 158),
- § 156 des Genossenschaftsgesetzes in der Fassung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2231), zuletzt geändert am 11. April 2024 (BGBl. I Nr. 120 S. 1, 3), in Verbindung mit § 8 a Absatz 2 Satz 1 des Handelsgesetzbuches und § 1 Nummer 1 der Weiterübertragungsverordnung - elektronischer Rechtsverkehr,
- § 5 Absatz 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert am 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436, 3472), in Verbindung mit § 8 a Absatz 2 Satz 1 des Handelsgesetzbuches und § 1 Nummer 1 der Weiterübertragungsverordnung - elektronischer Rechtsverkehr,
- § 5 Absatz 4 Sätze 2 und 3 der Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert am 22. Dezember 2023 (BGBl. I Nr. 411 S. 1, 65), in Verbindung mit § 1 Nummer 3 der Weiterübertragungsverordnung - elektronischer Rechtsverkehr,
- § 135 Absatz 1 Satz 2 der Grundbuchordnung in der Fassung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1115), zuletzt geändert am 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2606), sowie § 101 Satz 1 der Grundbuchverordnung in der Fassung vom 24. Januar 1995 (BGBl. I S. 115), zuletzt geändert am 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2606, 2629), und Nummer 7 Buchstaben a bis e des Einzigen Paragraphen der Weiterübertragungsverordnung-Grundbuchwesen vom 21. März 1995 (HmbGVBl. S. 65), zuletzt geändert am 23. März 2021 (HmbGVBl. S. 158, 159),
- § 94 Absatz 1 Satz 2 der Schiffsregisterordnung in der Fassung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1134), zuletzt geändert am 31. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1966, 1968), sowie § 73i Satz 1 der Verordnung zur Durchführung der Schiffsregisterordnung in der Fassung vom 30. November 1994 (BGBl. 1994 I S. 3632, 1995 I S. 249), zuletzt

geändert am 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436, 3453), und Nummern 6 und 9 des Einzigsten Paragraphen der Weiterübertragungsverordnung-Schiffsregister vom 22. Mai 2018 (HmbGVBl. S. 194), zuletzt geändert am 6. Oktober 2020 (HmbGVBl. S. 523, 527),

- § 707d Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Fassung vom 2. Januar 2002 (BGBl. 2002 I S. 45, 2909, 2003 I S. 738), zuletzt geändert am 6. Mai 2024 (BGBl. I Nr. 149 S. 1, 28), in Verbindung mit § 1 Nummer 4 der Weiterübertragungsverordnung-elektronischer Rechtsverkehr bei Gerichten und der Staatsanwaltschaft vom 1. August 2006 (HmbGVBl. S. 455), zuletzt geändert am 5. Dezember 2023 (HmbGVBl. S. 382),

wird verordnet:

§ 1

Zulassung der elektronischen Kommunikation

(1) Bei den in der Anlage bezeichneten Gerichten ist in den dort jeweils für sie näher bezeichneten Verfahrensarten und ab dem dort für sie angegebenen Datum die Einreichung elektronischer Dokumente zugelassen.

(2) Ist in Grundbuchsachen der elektronische Rechtsverkehr zugelassen, so haben Notarinnen und Notare Dokumente an das jeweilige Grundbuchamt ausschließlich elektronisch zu übermitteln und neben den elektronischen Dokumenten einen strukturierten maschinenlesbaren Datensatz nach § 3 Absatz 3 beizufügen. Satz 1 gilt nicht für Pläne und Zeichnungen, die ein größeres Format als DIN A3 aufweisen, und Dokumente, die nach § 44 des Beurkundungsgesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513), zuletzt geändert am 8. Oktober 2023 (BGBl. I Nr. 271 S. 1, 8), in der jeweils geltenden Fassung mit Karten, Zeichnungen und Abbildungen zu einer Urkunde verbunden sind. Andere Verfahrensbeteiligte können Dokumente elektronisch übermitteln. Sätze 1 bis 3 gelten in Schiffsregistersachen entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Datums der Zulassung des elektronischen Rechtsverkehrs der ... *[einsetzen: Tag des Inkrafttretens nach § 9 Absatz 1]* tritt. § 137 Absatz 1 Satz 3 der Grundbuchordnung, auch in Verbindung mit § 94 Absatz 5 der Schiffsregisterordnung, bleibt unberührt.

§ 2

Übermittlungsweg, Postfächer

(1) Das elektronische Dokument ist auf einem sicheren Übermittlungsweg nach § 130a Absatz 4 der Zivilprozessordnung an das elektronische Postfach des jeweiligen Gerichts zu übermitteln. Abweichend von Satz 1 ist zur Entgegennahme elektronischer Dokumente

- a) in Grundbuchsachen ausschließlich das direkt adressierbare elektronische Postfach des jeweiligen Grundbuchamts, und
- b) in Schiffsregistersachen ausschließlich das direkt adressierbare elektronische Postfach des Schiffsregistergerichts

bestimmt. Die elektronischen Postfächer der elektronischen Poststelle der Gerichte sind über die auf der Internetseite www.poststelle.justiz.hamburg.de bezeichneten Übermittlungswege adressierbar.

(2) Die Einreichung erfolgt durch die Übertragung des elektronischen Dokuments in die elektronische Poststelle. § 136 der Grundbuchordnung, auch in Verbindung mit § 94 Absatz 5 der Schiffsregisterordnung, bleibt unberührt.

§ 3

Anforderungen an elektronische Dokumente

(1) Das elektronische Dokument ist im Dateiformat PDF (Portable Document Format) zu übermitteln. Wenn bildliche Darstellungen im Dateiformat PDF nicht verlustfrei wiedergegeben werden können, darf das elektronische Dokument zusätzlich im Dateiformat TIFF (Tagged Image File Format) übermittelt werden; § 12 Absatz 2 Satz 1 des Handelsgesetzbuches bleibt unberührt. Tabellen und Verzeichnisse nach § 5 Absatz 4 der Insolvenzordnung dürfen auch in den Dateiformaten ITR (Icy Tower Reply) oder TAB (MapInfo TAB Format) oder als strukturierter maschinenlesbarer Datensatz nach Absatz 3 übermittelt werden. Die Dateiformate sollen den nach § 5 Nummer 1 bekannt gemachten Versionen entsprechen.

(2) Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es soll den nach § 5 Nummern 1 und 6 bekannt gemachten technischen Standards entsprechen.

(3) Dem elektronischen Dokument soll ein strukturierter maschinenlesbarer Datensatz im Dateiformat XML (Extensible Markup Language) beigefügt werden, der den nach § 5 Nummer 2 bekannt gemachten Definitions- oder Schemadateien entspricht und mindestens enthält:

1. die Bezeichnung des Grundbuchamts oder Gerichts,

2. in Grundbuchsachen den Grundbuchbezirk und das Grundbuchblatt, im Übrigen, sofern bekannt, das Aktenzeichen des Verfahrens,
3. die Bezeichnung der Parteien oder Verfahrensbeteiligten,
4. die Angabe des Verfahrensgegenstandes,
5. sofern bekannt, das Aktenzeichen eines denselben Verfahrensgegenstand betreffenden Verfahrens und die Bezeichnung der die Akten führenden Stelle.

§ 4

Übermittlung elektronischer Dokumente mit qualifizierter elektronischer Signatur

Mehrere elektronische Dokumente dürfen nicht mit einer gemeinsamen qualifizierten elektronischen Signatur übermittelt werden.

§ 5

Bekanntmachung technischer Standards

Die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz macht folgende technische Standards für die Übermittlung und Eignung zur Bearbeitung elektronischer Dokumente auf der in § 2 Absatz 1 Satz 3 genannten Internetseite bekannt:

1. die zulässigen Versionen der bearbeitbaren Dateiformate;
2. die Definitions- oder Schemadateien, die bei der Übermittlung eines strukturierten maschinenlesbaren Datensatzes im Format XML genutzt werden sollen;
3. die Höchstgrenzen für die Anzahl und das Volumen elektronischer Dokumente;
4. die zulässigen physischen Datenträger;
5. die Einzelheiten der Anbringung der qualifizierten elektronischen Signatur am elektronischen Dokument und
6. die technischen Eigenschaften der elektronischen Dokumente.

§ 6

Ersatzeinreichung

(1) Ist die Einreichung elektronischer Dokumente aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt die Übermittlung nach den allgemeinen Vorschriften zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.

(2) Wird glaubhaft gemacht, dass die nach § 5 Nummer 3 bekannt gemachten Höchstgrenzen für die Anzahl oder das Volumen elektronischer Dokumente nicht eingehalten werden können, kann die Übermittlung als Schriftsatz nach den allgemeinen Vorschriften erfolgen, möglichst unter Beifügung des Schriftsatzes und der Anlagen als elektronische Dokumente auf einem nach § 5 Nummer 4 bekannt gemachten zulässigen physischen Datenträger.

§ 7

Datenverarbeitung im Auftrag

Die Datenverarbeitung erfolgt im Auftrag der in der Anlage genannten Gerichte durch die in der Anlage genannte Stelle.

§ 8

Bestimmung des elektronischen Auskunfts- und Bekanntmachungssystems

Das mit dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Absatz 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder vom 30. November 2006 (HmbGVBl. 2007 S. 89) errichtete Registerportal wird als das länderübergreifende, zentrale elektronische Informations- und Kommunikationssystem im Sinne von § 707d Absatz 2 Satz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmt, über das die Daten aus dem Gesellschaftsregister des Amtsgerichts Hamburg (Registergericht) abrufbar sind.

§ 9

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am ... in Kraft.

(2) Die Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in Hamburg vom 28. Januar 2008 (HmbGVBl. S. 51) in der geltenden Fassung wird aufgehoben.

Anlage

Nr.	Gericht	Verfahren	mit der Datenverarbeitung	Datum
------------	----------------	------------------	--------------------------------------	--------------

			beauftragte Stelle	
1.	Amtsgericht Hamburg	Handels-, Partnerschafts- und Genossenschaftsregistersachen	Dataport	1. Februar 2008
		Einreichung von Tabellen und Verzeichnissen nach § 5 Absatz 4 der Insolvenzordnung	Dataport	1. Januar 2018
		Schiffsregister- und Schiffsbauregistersachen (mit Ausnahme der Beschwerdeverfahren, die nicht im gesetzlichen Anwendungsbereich dieser Verordnung liegen)	Dataport	1. Juli 2018
		Gesellschaftsregistersachen	Dataport	1. Januar 2024

Hamburg, den

Die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Die im Einleitungssatz dieser Verordnung genannten Ermächtigungsgrundlagen sehen vor, dass die Landesregierungen nähere Einzelheiten zur Einreichung elektronischer Dokumente bei Gericht treffen können. Im Einzelnen:

- § 8a Absatz 2 Sätze 1 und 2 des Handelsgesetzbuches (HGB) ermächtigt die Landesregierungen, durch Rechtsverordnung nähere Bestimmungen über die elektronische Führung des Handelsregisters, die elektronische Anmeldung, die elektronische Einreichung von Dokumenten sowie deren Aufbewahrung zu treffen, soweit nicht das Bundesministerium der Justiz nach § 387 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechende Vorschriften erlassen hat. Dabei können auch Einzelheiten der Datenübermittlung geregelt sowie die Form zu übermittelnder elektronischer Dokumente festgelegt werden, um die Eignung für die Bearbeitung durch das Gericht sicherzustellen. Die Regelung gilt über die Verweise in § 156 Genossenschaftsgesetz (GenG) und § 5 Absatz 2 Partnerschaftsgesellschaftsgesetz (PartGG) für elektronische Einreichungen zum Genossenschafts- und Partnerschaftsgesellschaftsregister entsprechend.
- § 707d Absatz 1 Sätze 1 und 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) enthält eine inhaltlich gleichlautende Verordnungsermächtigung für das Gesellschaftsregister.
- § 5 Absatz 4 Sätze 2 und 3 der Insolvenzordnung (InsO) ermächtigen die Landesregierungen, durch Rechtsverordnung nähere Bestimmungen über die Führung der Tabellen und Verzeichnisse, ihre elektronische Einreichung sowie die elektronische Einreichung der dazugehörigen Dokumente und deren Aufbewahrung zu treffen. Dabei können auch Vorgaben für die Datenformate der elektronischen Einreichung gemacht werden.
- § 135 Absatz 1 Satz 2 der Grundbuchordnung (GBO) und § 101 Satz 1 der Verfügung zur Durchführung der Grundbuchordnung (Grundbuchverordnung) erlauben den Landesregierungen, durch Rechtsverordnung
 - den Zeitpunkt zu bestimmen, von dem an elektronische Dokumente übermittelt werden können; die Zulassung kann dabei auf einzelne Grundbuchämter beschränkt werden;
 - Einzelheiten der Datenübermittlung und -speicherung zu regeln sowie Dateiformate für die zu übermittelnden elektronischen Dokumente festzulegen, um die Eignung für die Bearbeitung durch das Grundbuchamt sicherzustellen;

- die ausschließlich für den Empfang von in elektronischer Form gestellten Eintragungsanträgen und sonstigen elektronischen Dokumenten in Grundbuchsachen vorgesehene direkt adressierbare Einrichtung des Grundbuchamts zu bestimmen;
 - zu bestimmen, dass Notare Dokumente elektronisch zu übermitteln haben und neben den elektronischen Dokumenten bestimmte darin enthaltene Angaben in strukturierter maschinenlesbarer Form zu übermitteln haben;
 - Maßnahmen für den Fall des Auftretens technischer Störungen anzuordnen und
 - in der Grundbuchordnung oder in der Grundbuchverordnung nicht geregelte weitere Einzelheiten durch Rechtsverordnung zu regeln.
- § 94 Absatz 1 Satz 2 der Schiffsregisterordnung (SchRegO) sowie § 73i Satz 1 der Verordnung zur Durchführung der Schiffsregisterordnung enthalten eine inhaltlich gleichlautende Regelung für das Schiffsregister.

Die Ermächtigungsgrundlagen sehen vor, dass die Landesregierungen diese Regelungsbefugnisse auf die Landesjustizverwaltung subdelegieren können. Von dieser Möglichkeit wurde in Hamburg mit der Weiterübertragungsverordnung - elektronischer Rechtsverkehr, der Weiterübertragungsverordnung-elektronischer Rechtsverkehr bei Gerichten und der Staatsanwaltschaft, der Weiterübertragungsverordnung-Grundbuchwesen und der Weiterübertragungsverordnung-Schiffsregister Gebrauch gemacht, indem die Befugnis für den jeweiligen Regelungsbereich auf die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz übertragen wurde.

Die Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in Hamburg wurde zuletzt im Hinblick auf das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5. Juli 2017 umfassend überarbeitet und seitdem nur punktuell geändert. Mit der vorliegenden Änderungsverordnung soll sie an zwischenzeitlich geänderte rechtliche und technische Rahmenbedingungen angepasst werden. Ziel ist dabei eine weitestgehende Harmonisierung der Landesrechtsverordnung mit den Vorgaben des Bundes zum elektronischen Rechtsverkehr, insbesondere mit der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung (ERVV) vom 24. November 2017, zuletzt geändert am 5. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607), sowie der 2. Elektronischer-Rechtsverkehr-Bekanntmachung 2022 (ERVV 2022) des Bundesministeriums der Justiz vom 10. Februar 2022 (BAnz AT 18.02.2022 B2). Es wird insbesondere geregelt:

- ab wann, bei welchen Grundbuchämtern oder (Register-)Gerichten und in welchen Verfahren die Einreichung elektronischer Dokumente zugelassen werden soll;

- welche technischen Standards bei der Einreichung elektronischer Dokumente in den vorgenannten Verfahren berücksichtigt werden sollen, z. B. Formate der elektronischen Dokumente, Anforderungen an strukturierte Datensätze und die schriftformersetzende Übermittlung elektronischer Dokumente mit qualifizierter elektronischer Signatur;
- der Umfang der elektronischen Übermittlungspflicht von Notaren in Grundbuch- und Schiffsregisterverfahren sowie die Ersatzeinreichung im Falle vorübergehender technischer Störungen oder Überschreitung der im ERV jeweils geltenden Mengenbeschränkungen.

Die Verordnung trifft keine eigenständigen Regelungen über die einzuhaltenden Vorgaben zu Datenschutz und Datensicherheit. Insoweit sind die Artikel 24, 25 und 32 der Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679), das Bundesdatenschutzgesetz, das Hamburgische Datenschutzgesetz sowie etwaige weitere besondere Rechtsvorschriften des Bundes oder der Freien und Hansestadt Hamburg, die auf personenbezogene Daten anzuwenden sind, maßgeblich. Die zum Zwecke der Gewährleistung der Informationssicherheit jeweils zu ergreifenden Maßnahmen werden laufend durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) empfohlen. Da die datenschutzrechtlichen Regelungen ohnehin zu beachten sind, sind wiederholende Detailregelungen entbehrlich.

Auch die Anforderungen an die Wahrung der verfassungsrechtlich garantierten richterlichen Unabhängigkeit (Artikel 97 des Grundgesetzes) werden bereits durch das Gesetz über den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik bei Gerichten und Staatsanwaltschaften der Freien und Hansestadt Hamburg (IT-Justizgesetz) vom 23. Oktober 2019 (HmbGVBl. S. 343) und die Verordnung über den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik bei Gerichten und Staatsanwaltschaften (IT-Justizverordnung) vom 10. Januar 2020 (HmbGVBl. S. 60) in ihrer jeweils aktuellen Fassung abschließend geregelt. Auch insoweit trifft diese Verordnung daher keine Regelungen.

B. Besonderer Teil

Zu § 1

Zu Absatz 1

Absatz 1 trifft unter Bezugnahme auf die Anlage zu dieser Verordnung Regelungen darüber, an welchen Gerichten, ab welchem Zeitpunkt und in welchen Verfahren die Einreichung elektronischer Dokumente zugelassen ist. Diese Form ermöglicht es, schrittweise durch Ergänzung der Anlage nacheinander einzelne Bereiche in den elektronischen Rechtsverkehr einzubeziehen, ohne den Verordnungstext durch eine Vielzahl lediglich bereichsspezifischer

Regelungen zu überfrachten. Die Vorschrift eröffnet dem Wortlaut nach die Option, mit den in der Anlage genannten Grundbuchämtern und Gerichten elektronisch zu kommunizieren. Sie begründet keine allgemeine Pflicht der Verfahrensbeteiligten zur ausschließlich elektronischen Übermittlung. Eine solche Verpflichtung besteht lediglich im Anwendungsbereich des Absatzes 2.

Zu Absatz 2

Absatz 2 Satz 1 bestimmt nach Maßgabe von § 135 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 GBO, dass Notarinnen und Notare in Grundbuchsachen Dokumente und bestimmte darin enthaltene Angaben in strukturierter maschinenlesbarer Form zu übermitteln haben. Die Regelung dient dazu, in Zeiten der fortschreitenden Einführung der elektronischen Akte in der Justiz Medienbrüche und damit Aufwände in den Scanstellen der Gerichte zu reduzieren. Die Notarinnen und Notare verfügen mit dem besonderen elektronischen Notarpostfach nach § 78n Bundesnotarordnung (BNotO) bereits seit 2018 flächendeckend über die hierfür erforderliche technische Infrastruktur: Das besondere elektronische Notarpostfach ermöglicht als „sicherer Übermittlungsweg“ im Sinne der § 130a Absatz 4 Zivilprozessordnung (ZPO), § 32a Absatz 4 StPO, § 46c Absatz 4 ArbGG, § 55a Absatz 4 VwGO, § 65a Absatz 4 SGG und § 52a Absatz 4 FGO den elektronischen Versand von Dokumenten an die Gerichte und die Zustellung elektronischer Dokumente durch die Gerichte. Das besondere elektronische Notarpostfach sieht auch die automatisierte Erstellung und Übermittlung eines strukturierten Datensatzes vor. Es erscheint daher gerechtfertigt, Notarinnen und Notaren zeitgleich mit der Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs in Grundbuchsachen auch eine Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung aufzuerlegen.

Anders als etwa im Zivilprozess hat ein Verstoß gegen eine Verpflichtung zur Einreichung elektronischer Dokumente gemäß § 135 Absatz 1 Satz 3 GBO und § 94 Absatz 1 Satz 3 SchRegO keine Auswirkungen auf die Wirksamkeit der Einreichung, sodass auch ein unter Verstoß gegen die Nutzungspflicht eingereichter Eintragungsantrag wirksam eingegangen ist.

Die sich aus Satz 1 ergebende Verpflichtung zur elektronischen Einreichung gilt nach Satz 2 nicht für Pläne und Zeichnungen, die ein größeres Format als DIN A3 aufweisen oder für Dokumente, die nach § 44 des Beurkundungsgesetzes mit Karten, Zeichnungen und Abbildungen zu einer Urkunde verbunden sind. In Hamburg weisen die aktuellen Pläne des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung regelmäßig das Format DIN A3 auf, die Ausnahme betrifft daher nur einen geringen Anteil an größeren Alt-Plänen. Ohne die Ausnahme wären Notarinnen und Notare gehalten, Großformat-Scanner für die Übertragung dieser Dokumente in die elektronische Form zu beschaffen, um sie anschließend

elektronisch an das Grundbuchamt zu übermitteln. Dies stellt gemessen an der geringen Menge der Dokumente einen unverhältnismäßigen Aufwand dar.

Absatz 2 Satz 3 stellt klar, dass es auch anderen Verfahrensbeteiligten freisteht, elektronische Dokumente zu übermitteln. Dies gilt insbesondere für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Behörden, juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie alle weiteren Personen und Stellen, die gemäß § 130d ZPO und den Parallelvorschriften der anderen Verfahrensordnungen der aktiven ERV-Nutzungspflicht unterfallen, aber aufgrund fehlender gesetzlicher Regelung nicht zur Teilnahme am ERV in Grundbuch- und Schiffsregistersachen verpflichtet werden können. Darüber hinaus steht der elektronische Rechtsverkehr auch allen anderen Personen, Vereinigungen und Organisationen offen. Sofern sich diese Verfahrensbeteiligten freiwillig für die die Nutzung des ERV entscheiden, müssen sie ebenfalls die Vorgaben dieser Rechtsverordnung beachten.

Gemäß Absatz 2 Satz 4 gelten die Sätze 1 bis 3 für den elektronischen Rechtsverkehr mit dem Schiffsregistergericht entsprechend. Da der elektronische Rechtsverkehr in Schiffsregistersachen bereits seit dem 1. Juli 2018 eröffnet ist, beginnt die Pflicht der Notarinnen und Notare zur Übermittlung elektronischer Dokumente nicht rückwirkend mit der Zulassung des elektronischen Rechtsverkehrs sondern – abweichend von Satz 1 – mit dem Tag des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung.

Absatz 2 Satz 5 verweist klarstellend auf die Regelung in § 137 Absatz 1 Satz 3 GBO, die gemäß § 94 Absatz 5 SchRegO auch in Schiffsregistersachen sinngemäß gilt: Solange, wie der Nachweis über den Besitz der Urschrift oder einer Ausfertigung einer Urkunde auf elektronischem Weg nicht möglich ist, weil die Ausfertigung zwingend an die Papierform gebunden ist, bleibt die Übersendung derartiger Schriftstücke in Papier – auch durch Notarinnen und Notare – selbstverständlich zulässig.

Zu § 2

Zu Absatz 1

Absatz 1 nimmt Bezug auf die im Rahmen des bundesgesetzlich geregelten elektronischen Rechtsverkehrs bei den Gerichten für den Empfang von elektronischen Nachrichten eingerichteten elektronischen Postfächer (sogenannte EGVP-Postfächer). Satz 1 bestimmt, dass elektronische Nachrichten auch im Anwendungsbereich dieser Landesrechtsverordnung auf einem sogenannten „sicheren Übermittlungsweg“ nach § 130a Absatz 4 der Zivilprozessordnung an diese Postfächer übermittelt werden sollen. Die EGVP-Postfächer der Justiz sind in einem Verzeichnisdienst – dem sogenannten SAFE-Verzeichnis

– auffindbar und können auf diese Weise von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern am elektronischen Rechtsverkehr, die über eine für den elektronischen Rechtsverkehr zugelassene Sende- und Empfangskomponente verfügen, erreicht werden.

Der Begriff des „sicheren Übermittlungswegs“ bezieht sich darauf, dass aufgrund entsprechender technischer Sicherungsmaßnahmen bei Nutzung eines solchen Übermittlungswegs ein sicherer Rückschluss auf die Identität des Absenders möglich ist. Durch den dynamischen Verweis auf die nach § 130a Absatz 4 ZPO zugelassenen Übermittlungswege soll gewährleistet werden, dass auf sämtliche im bundesgesetzlich geregelten elektronischen Rechtsverkehr etablierten Übermittlungswege zurückgegriffen werden kann. Aktuell sind dies im Einzelnen:

- die absenderauthentifizierte De-Mail nach den Vorschriften des De-Mail-Gesetzes (§ 130a Absatz 4 Nummer 1 ZPO),
- das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) nach § 31a der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO), ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach für Berufsausübungsgesellschaften nach § 31b BRAO sowie entsprechende, auf gesetzlicher Grundlage errichtete, berufsbezogene elektronische Postfächer, namentlich die besonderen elektronischen Postfächer für Notare nach § 78n BNotO und für Steuerberater sowie für deren Berufsausübungsgesellschaften nach §§ 86d, 86e des Steuerberatungsgesetzes (§ 130a Absatz 4 Nummer 2 ZPO),
- das besondere elektronische Behördenpostfach (beBPo) gemäß § 130a Absatz 4 Nummer 3 ZPO i.V.m. §§ 6 bis 9 ERVV, hierzu gehört auch das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach eines Gerichts, einer Staatsanwaltschaft, einer Amtsanwaltschaft, einer Justizvollzugsanstalt oder einer Jugendarrestanstalt, das nach § 6 Absatz 3 ERVV einem beBPo gleichgestellt ist,
- das Besondere elektronische Behörden- und Organisationspostfach (eBO) gemäß § 130a Absatz 4 Nummer 4 ZPO i.V.m. §§ 10-13 ERVV und
- der Postfach- und Versanddienst eines OZG-Nutzerkontos nach dem Onlinezugangsgesetz, § 130a Absatz 4 Nummer 5 ZPO i.V.m. § 13 ERVV.

Satz 2 sieht vor, dass für jedes Grundbuchamt und das Schiffsregistergericht ein eigenes EGVP-Postfach eingerichtet wird, an das die elektronischen Dokumente zu übersenden sind. Entsprechend den in § 135 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 GBO und § 94 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 der SchRegO enthaltenen Verordnungsermächtigungen wird in Satz 2 die ausschließlich für den Empfang von elektronischen Dokumenten in Grundbuch-beziehungsweise Schiffsregistersachen vorgesehene direkt adressierbare Einrichtung des Grundbuchamts beziehungsweise des Schiffsregistergerichts bestimmt. Eine bloße Adressierung an das Grundbuchamt oder Schiffsregistergericht im Nachrichtentext unter

Übersendung an das allgemeine EGVP-Postfach des jeweiligen Amtsgerichts genügt nicht. Damit ist gewährleistet, dass der tatsächliche Eingangszeitpunkt beim jeweiligen Grundbuchamt oder Schiffsregistergericht rechtssicher festgestellt werden kann (vgl. auch § 136 GBO).

Satz 3 verweist für nähere Informationen zur Erreichbarkeit der elektronischen Postfächer auf die Internetseite www.poststelle.justiz.hamburg.de.

Zu Absatz 2

Absatz 2 Satz 1 stellt klar, dass die Übermittlung eines elektronischen Dokumentes mit der Übertragung des elektronischen Dokumentes in die elektronische Poststelle abgeschlossen ist. Maßgeblich ist, wie auch im Rahmen des § 130a Absatz 5 Satz 1 ZPO, der Eingang der Nachricht auf dem sogenannten Empfänger-Intermediär des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs. Hierbei handelt es sich um einen zentralen – nicht im jeweiligen Gericht befindlichen – Server der EGVP-Infrastruktur, der sowohl Ablagepunkt für die Nachricht des Absenders als auch Abholpunkt für den Empfänger ist. Der Eingang ist deshalb auch dann bewirkt, wenn das empfangende Gericht die Nachricht noch nicht vom Intermediär abgerufen hat und hierzu evtl. wegen einer technischen Störung auch nicht in der Lage ist (vgl. BGH Urteil vom 14.05.2020 - X ZR 119/18; BGH Beschluss vom 25.08.2020 - VI ZB 79/19).

Satz 2 verweist klarstellend auf § 136 GBO, der eine eigene Regelung zum Eingangszeitpunkt eines elektronisch übermittelten Eintragungsantrages beim Grundbuchamt enthält und die in Satz 1 getroffene Regelung verdrängt. § 136 GBO gilt gemäß § 94 Absatz 5 der SchRegO für den elektronischen Rechtsverkehr in Schiffsregistersachen sinngemäß.

Zu § 3

§ 3 trifft einheitliche Regelungen über die zulässigen Dateiformate und Strukturdatensätze bei der elektronischen Übermittlung.

Zu Absatz 1

Nach Absatz 1 Satz 1 sind elektronische Dokumente im Dateiformat PDF (Portable Document Format) einzureichen. Dieses Dateiformat hat sich im Rahmen des elektronischen Rechts- und Geschäftsverkehrs zum Standardformat entwickelt. Es ist für jedermann kostenfrei verfügbar und kann aus den meisten Textverarbeitungsprogrammen heraus

unaufwändig generiert werden. Zudem ist es – anders als viele weitere Dateiformate – für die Kommunikation im elektronischen Rechtsverkehr besonders geeignet. Es kann von allen verbreiteten Computersystemen – jedenfalls nach Installation einer entsprechenden, kostenlosen Software – gelesen und regelmäßig ohne Veränderungen des äußeren Erscheinungsbildes dargestellt werden. Die Festlegung eines Dateiformates ermöglicht die reibungslose Weiterverarbeitung und elektronische Aktenführung sowohl durch die Grundbuchämter und (Register-)Gerichte als auch durch die weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer am elektronischen Rechtsverkehr.

Nach Satz 2 dürfen Dateiinhalte, die in einem PDF nicht ohne Beeinträchtigung der Qualität der Darstellung wiedergegeben werden können, zusätzlich im Dateiformat TIFF (Tagged Image File Format) eingereicht werden. Aufwändige Graphiken, Planzeichnungen, Fotos und sonstige Abbildungen, die nicht in Textform dargestellt werden, sind im Dateiformat PDF teilweise nicht einwandfrei wiederzugeben. Auch das Dateiformat TIFF hat für Bilddateien weite Verbreitung gefunden und ist mit kostenfreier Software lesbar und generierbar. Im zweiten Halbsatz wird klargestellt, dass die Zulassung des TIFF-Formats nicht für elektronische Einreichungen in Handelsregistersachen gilt, denn nach § 12 Absatz 2 Satz 1 HGB sind Dokumente elektronisch in einem maschinenlesbaren und durchsuchbaren Datenformat einzureichen. TIFF-Dokumente sind weder maschinenlesbar noch durchsuchbar und entsprechen damit nicht den Anforderungen von § 12 Absatz 2 Satz 1 HGB.

Nach Satz 3 dürfen Tabellen und Verzeichnisse gemäß § 5 Absatz 4 InsO auch in den Dateiformaten ITR (Icy Tower Reply) oder TAB (MapInfo TAB Format) oder als strukturierter maschinenlesbarer Datensatz nach Absatz 3 übermittelt werden. Die Verwendung der veralteten textbasierten Formate ITR und TAB hat sich für die elektronische Übermittlung von Insolvenztabelle und Verzeichnissen etabliert und soll durch diese Verordnung nicht beschränkt werden. Werden Tabellen und Verzeichnisse als X-Justiz Datensatz übermittelt, gelten die Voraussetzungen des Absatzes 3 für diesen Datensatz unmittelbar. Das heißt der Datensatz muss die in Absatz 3 genannten Mindestangaben enthalten und den nach § 5 Nummer 2 bekanntgemachten Definitions- oder Schemadateien entsprechen.

Absatz 1 Sätze 1 bis 3 benennen die zulässigen Dateiformate abschließend; so ist etwa die komprimierte Übermittlung elektronischer Dokumente im ZIP-Dateiformat ausgeschlossen. Nach Absatz 1 Satz 4 sollen die zugelassenen Dateiformate (PDF, TIFF, ITR und TAB) in einer der nach § 5 Nummer 1 bekanntgemachten Dateiversionen eingereicht werden. Die für die Übermittlung als XML (Extensible Markup Language)-Datei zu nutzenden Definitions- und Schemadateien werden gemäß § 3 Absatz 3 nach § 5 Nummer 2 bekanntgemacht.

Zu Absatz 2

Absatz 2 Satz 1 bestimmt nach dem Vorbild von § 130a Absatz 2 Satz 1 ZPO, dass das elektronische Dokument für die Bearbeitung durch das empfangende Grundbuchamt oder (Register-)Gericht geeignet sein muss. Die Eignung zur Bearbeitung ist in aller Regel gegeben, wenn die Formatvorgaben des Absatzes 1 eingehalten werden.

§ 2 Absatz 7 Satz 1 der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in Hamburg in ihrer bisherigen Fassung bestimmte noch, dass das PDF in druckbarer und kopierbarer Form übermittelt werden muss. Die Bestimmung sollte gewährleisten, dass eingereichte elektronische Dokumente für die Bearbeitung durch das Grundbuchamt oder (Register-)Gericht geeignet sind. Es geht jedoch nicht um eine rein formale Prüfung. Formunwirksamkeit soll nur dann eintreten, wenn der Verstoß dazu führt, dass im konkreten Fall eine Bearbeitung durch das Gericht nicht möglich ist. Demgegenüber sollen rein formale Verstöße gegen die Pflicht zur Übermittlung in druckbarer und kopierbarer Form dann nicht zur Formunwirksamkeit des Eingangs führen, wenn das Grundbuchamt oder Gericht das elektronische Dokument gleichwohl bearbeiten kann.

Absatz 2 Satz 2 nimmt deshalb die nach § 5 Nummer 1 und 6 bekanntgemachten technischen Standards für elektronische Dokumente in Bezug. Die Vorschrift ist nach dem Vorbild von § 2 Absatz 2 ERVV als Soll-Vorschrift ausgestaltet, so dass das Grundbuchamt oder (Register-)Gericht, wenn die Eignung zur Bearbeitung sichergestellt ist, das Dokument zulassen muss, auch wenn die Standards nicht eingehalten sind. Dies wird sprachlich zusätzlich durch die Verwendung des Begriffes „Standards“ (anstelle von „Anforderungen“) klargestellt.

Für die Einsender, die die Standards einhalten, bietet die Vorschrift grundsätzlich hinreichende Sicherheit, weil sie Maßstab für die Eignung zur Bearbeitung ist. Allerdings schließt die Erfüllung der Standards nicht aus, dass das Gericht die Einreichung im Einzelfall aufgrund anderer technischer Defekte zurückweisen kann. Zur Bearbeitung ungeeignet können etwa elektronische Dokumente sein, die mit Schadsoftware versehen sind oder durch ein Kennwort lesegeschützt sind.

Zu Absatz 3

Dem elektronischen Dokument soll nach Absatz 3 ein strukturierter maschinenlesbarer Datensatz im Format XML beigefügt werden, der die automatisierte Erfassung bestimmter Grunddaten durch die Grundbuchämter oder (Register-)Gerichte und die automatisierte

Weiterverarbeitung in der elektronischen Akte ermöglicht. Die Regelung orientiert sich an § 2 Absatz 3 ERVV. Dementsprechend ist grundsätzlich stets ein entsprechender strukturierter Datensatz beizufügen, es sei denn, es liegen besondere Umstände vor, die ausnahmsweise ein Absehen von der Übermittlung einzelner oder aller Angaben rechtfertigen. Solche besonderen Umstände können etwa vorliegen, wenn die Daten bei eilbedürftigen Vorgängen nicht rechtzeitig in Erfahrung gebracht werden können.

Die Angaben im Strukturdatensatz können jedoch ebenso wenig wie etwa Erklärungen im Betreff der elektronischen Nachricht den Vortrag im elektronischen Dokument ersetzen. Für das Verfahren maßgeblich bleiben weiterhin die Angaben in dem als PDF oder TIFF eingereichten elektronischen Dokument selbst.

Strukturiert erfasst werden sollen möglichst alle für die Zuordnung eines elektronischen Dokuments zu einem Verfahren und die weitere Verarbeitung durch das Gericht sinnvollen Angaben. Mindestens sollen aber die Bezeichnung des Grundbuchamts oder Gerichts (Nummer 1), in Grundbuchsachen der Grundbuchbezirk und das Grundbuchblatt, im Übrigen, sofern bekannt, das Aktenzeichen des Verfahrens (Nummer 2), die Bezeichnung der Parteien oder Verfahrensbeteiligten (Nummer 3), die Angabe des Verfahrensgegenstandes (Nummer 4) und sofern bekannt, das Aktenzeichen eines denselben Verfahrensgegenstand betreffenden Verfahrens und die Bezeichnung der die Akten führenden Stelle (Nummer 5) in einem strukturierten Datensatz übermittelt werden.

Die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz macht nach § 5 Nummer 2 die Definitions- oder Schemadateien für strukturierte maschinenlesbare Datensätze, derer sich die Beteiligten bedienen sollen, bekannt. Die Bekanntmachungen können auch weitere Inhalte des strukturierten Datensatzes bestimmen, wie etwa das Rechtsgebiet oder die Eilbedürftigkeit. Soweit technisch möglich, sollen diese Angaben bei Zustellungen und sonstigen Mitteilungen durch das Grundbuchamt oder Gericht ebenfalls als strukturierter Datensatz an die Verfahrensbeteiligten übermittelt werden. Einer ausdrücklichen Regelung, die in der Verordnung auch nicht erfolgen könnte, bedarf es dafür nicht.

Zu § 4

§ 4 schließt es – ebenso wie § 4 Absatz 2 ERVV – aus, mehrere elektronische Dokumente mit einer einzigen qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen. Diese Einschränkung ist geboten, weil andernfalls eine Überprüfung der Authentizität und Integrität der elektronischen Dokumente im weiteren Verfahren regelmäßig nicht mehr möglich wäre. Denn nach der Trennung der elektronischen Dokumente kann die sogenannte „Container-Signatur“ nicht mehr überprüft werden. Insbesondere wäre nicht mehr nachvollziehbar, ob die Authentizität und Integrität der elektronischen Dokumente gewährleistet sind. Unmöglich würde die nachträgliche Prüfung insbesondere bei mehrere Verfahren betreffenden elektronischen Dokumenten im Zuge der Einführung der elektronischen Akte: Da aus

datenschutzrechtlichen Gründen nur die das einzelne Verfahren betreffenden elektronischen Dokumente zur Akte genommen werden dürfen, wäre eine Überprüfung der qualifizierten elektronischen Signatur durch die Richterinnen und Richter, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger oder die anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Grundbuchämter und (Register-)Gerichte stets ausgeschlossen, wenn mehrere elektronische Dokumente mit einer gemeinsamen qualifizierten elektronischen Signatur übermittelt werden.

Zu § 5

Nach Absatz 1 werden die abschließend aufgezählten technischen Einzelheiten, die einer fortwährenden Weiterentwicklung unterliegen und sich daher nicht für die Regelung in der Verordnung eignen, von der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz (BJV) auf der Internetseite www.poststelle.justiz.hamburg.de bekanntgemacht und sind damit einfach und kostenfrei für jedermann einsehbar.

Um vor dem Hintergrund fortwährender Entwicklungen Rechtssicherheit über die technischen Rahmenbedingungen zu schaffen, macht die Bundesregierung gemäß § 5 Absatz 1 ERVV technische Standards für die Übermittlung und Eignung zur Bearbeitung elektronischer Dokumente bekannt (derzeit: Zweite Bekanntmachung zu § 5 der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung (2. Elektronischer-Rechtsverkehr-Bekanntmachung 2022). Dabei müssen gemäß § 5 Absatz 2 ERVV der Stand der Technik – so wie er in den Technischen Richtlinien des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik niedergelegt ist – und die Barrierefreiheit berücksichtigt werden und eine Mindestgültigkeitsdauer der technischen Anforderungen angegeben werden. Da für den elektronischen Rechtsverkehr nach Bundes- und nach Landesrecht jeweils dieselben Infrastrukturen genutzt werden, sollen die durch die BJV bekanntzumachenden technischen Standards denen der ERVB entsprechen, soweit nicht die Besonderheiten der in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallenden Verfahren dem entgegenstehen.

Gemäß § 5 Nummer 1 gibt die BJV die zulässigen Versionen der bearbeitbaren Dateiformate bekannt, die nach § 3 Absatz 1 Sätze 1 bis 3 verwendet werden sollen, konkret die Formate PDF, TIFF, ITR und TAB. Die Versionen der zulässigen Dateiformate können sich innerhalb kurzer Zeit ändern. Wird eine neue Dateiversion eingeführt, kann diese zu Problemen bei der Datenverarbeitung führen. Zudem können sich bei Verwendung neuer Dateiversionen Änderungen in der Darstellung der Dateiinhalte mit älteren Programmen ergeben. Hinzu kommt, dass neue Versionen bei ihrer Einführung noch Fehler aufweisen können, die zunächst behoben werden müssen, bevor eine Version flächendeckend im elektronischen Rechtsverkehr zum Einsatz kommt. Gleichwohl soll die Verwendung einer anderen als der bekanntgemachten Dateiversion nicht dazu führen, dass die elektronische Einreichung

zurückgewiesen wird, wenn das Grundbuchamt oder (Register-)Gericht das Dokument bearbeiten kann. Auf die Begründung zu § 3 Absatz 1 wird Bezug genommen.

§ 3 Absatz 3 sieht vor, dass jedem elektronischen Dokument ein strukturierter Datensatz beigelegt werden soll, der seine Zuordnung zu einem laufenden Verfahren ermöglicht. Nach § 5 Nummer 2 macht die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Definitions- oder Schemadateien bekannt, die bei der Übermittlung dieses strukturierten Datensatzes verwendet werden sollen. Diese können die besonderen Bedürfnisse des jeweiligen Fachverfahrens berücksichtigen und Angaben verlangen, die über die in § 3 Absatz 3 genannten hinausgehen.

Die nach § 5 Nummern 1 und 2 bekanntgemachten Dateiformate und Definitions- und Schemadateien gelten nicht, soweit besondere bundesrechtliche Vorschriften die Übermittlung elektronischer Dokumente und strukturierter maschinenlesbarer Datensätze speziell regeln, so wie etwa der in § 3 Absatz 1 ausdrücklich genannte § 12 Absatz 2 Satz 1 HGB.

Die BJV macht zudem die bei der Übermittlung elektronischer Dokumente zulässige Dokumentenanzahl und Volumengröße bekannt (Nummer 3). Bei einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit der IT-Systeme können diese derzeit noch bestehenden Beschränkungen für die Übermittlung von Nachrichten per EGVP künftig schrittweise reduziert werden oder gar entfallen. Aktuell können gleichzeitig bis zu 1000 Dateien mit einem Gesamtvolumen von höchstens 200 Megabyte eingereicht werden.

Nummer 4 sieht schließlich die Bekanntmachung der zulässigen physischen Datenträger vor, mit denen bei Überschreitung der Höchstgrenzen für die Anzahl und das Volumen elektronische Dokumente ersatzweise übermittelt werden können (§ 3 in Verbindung mit § 5 Nummer 3). Die Übermittlung auf anderen als den bekanntgegebenen physischen Datenträgern ist unwirksam und führt zur Zurückweisung des Datenträgers.

Nummer 5 ermöglicht die Bekanntmachung von technischen Einzelheiten der Anbringung qualifizierter elektronischer Signaturen am elektronischen Dokument. An welcher Stelle die qualifizierte elektronische Signatur bei der Übermittlung elektronischer Dokumente anzubringen ist und wie die Verknüpfung mit der jeweiligen Datei zu erfolgen hat, ist weder gesetzlich noch in der Verordnung geregelt. Diese Anforderungen sind bei dem jeweiligen Dateiformat bzw. der Dateiversion gesondert zu bestimmen und können daher einer fortwährenden Entwicklung unterliegen. Die qualifizierte elektronische Signatur kann entweder in die jeweilige Datei eingebettet („Inline-Signatur“) oder sie kann der Datei beigelegt werden („Detached-Signatur“). Im letzteren Fall besteht keine unmittelbare Verknüpfung der qualifizierten elektronischen Signatur mit der jeweiligen Datei, sodass

bestimmt werden sollte, wie der Bezug herzustellen ist (etwa durch die jeweilige Dateibezeichnung). Würde hingegen die Datei mit der qualifizierten elektronischen Signatur umhüllt („Container-“ oder „Envelope-Signatur“), könnte dies die Verarbeitung durch das Grundbuchamt oder Gericht erheblich erschweren.

Gemäß § 5 Nummer 6 macht die BJV die technischen Eigenschaften bekannt, denen das eingereichte elektronische Dokument nach § 3 Absatz 2 entsprechen soll. Auf die dortige Begründung wird Bezug genommen.

Zu § 6

Zu Absatz 1

Die Übermittlung elektronischer Dokumente ist nur möglich, wenn die Datenverarbeitungsanlage betriebsbereit und störungsfrei ist. Für den Fall, dass die Justiz aus technischen Gründen nicht auf elektronischem Wege erreichbar ist, erlaubt § 6 Absatz 1 eine Einreichung auf herkömmlichem Weg.

Satz 1 sieht im Einzelnen vor, dass weiterhin auf die nach den allgemeinen Vorschriften zulässigen Einreichungsformen (Übermittlung in Papierform oder Übermittlung per Telefax) ausgewichen werden kann, solange – etwa wegen eines Serverausfalls – die elektronische Übermittlung vorübergehend aus technischen Gründen nicht möglich ist. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Ursache für die vorübergehende technische Unmöglichkeit in der Sphäre des Gerichts oder in der Sphäre des Einreichenden zu suchen ist. Allerdings wird durch die Einschränkung „aus technischen Gründen“ und „vorübergehend“ klargestellt, dass professionelle Einreicher, insbesondere die aktiv nutzungsverpflichteten Notarinnen und Notare, hierdurch nicht von der Notwendigkeit entbunden sind, die notwendigen technischen Einrichtungen für die Einreichung elektronischer Dokumente vorzuhalten und bei technischen Ausfällen unverzüglich für Abhilfe zu sorgen. Satz 2 sieht daher auch vor, dass die technische Unmöglichkeit einschließlich ihrer vorübergehenden Natur glaubhaft zu machen ist. Die Glaubhaftmachung soll möglichst gleichzeitig mit der Ersatzeinreichung erfolgen. Andernfalls ist die Glaubhaftmachung unverzüglich (ohne schuldhaftes Zögern) nachzuholen. Auf

Anforderung des Grundbuchamts oder Gerichts sind betroffene Einreicher verpflichtet, eine Einreichung – bei Ersatzeinreichung in Papierform zusätzlich – als elektronisches Dokument vorzunehmen. Die zusätzliche Übermittlung des Dokumentes auf einem nach § 5 Nummer 4 bekanntgemachten zulässigen physischen Datenträger wird hierdurch nicht ausgeschlossen und bleibt selbstverständlich immer möglich.

Zu Absatz 2

Die Übermittlung über EGVP ist mengenmäßigen Limitierungen unterworfen, die im Einzelfall überschritten werden können. Für den Fall, dass die Mengenbeschränkungen überschritten werden und daher eine elektronische Übermittlung des elektronischen Dokuments über EGVP nicht erfolgen kann, soll die ersatzweise Übermittlung als Schriftsatz nach den allgemeinen Vorschriften ermöglicht werden. Da in diesem Fall eine elektronische Übermittlung des Dokuments nicht nur vorübergehend unmöglich ist, ist auch eine Nachreichung wie in Absatz 1 nicht erforderlich. Stattdessen soll die Übermittlung des Schriftsatzes nebst Anlagen möglichst auch als elektronische Dokumente auf einem nach § 5 Nummer 4 bekanntgemachten zulässigen physischen Datenträger erfolgen, um die medienbruchfreie Übernahme in die elektronische Akte zu ermöglichen.

Die Höchstgrenzen, die nach § 5 Nummer 3 bekanntgemacht werden, orientieren sich an Nummer 3 ERVB und den dort in Bezug genommenen Höchstgrenzen für elektronische Dokumente.

Zu § 7

In § 7 wurde der bisherige § 5 unverändert übernommen. Gemäß Artikel 28 Absatz 3 Satz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) erfolgt die Verarbeitung durch einen Auftragsverarbeiter auf der Grundlage eines Vertrags oder eines anderen Rechtsinstruments. Hintergrund der ursprünglichen Regelung in § 5 a.F. war es, die ansonsten erforderliche Willenseinigung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer zu ersetzen. Im Bereich der Auftragsverarbeitung durch Dataport ist es inzwischen üblich, sogenannte Auftragsverarbeitungsverträge zu schließen, die den Gegenstand, die Dauer sowie Art und Zweck der Verarbeitung, die Art der personenbezogenen Daten, die Kategorien betroffener Personen und die Pflichten und Rechte des Verantwortlichen festlegen und insbesondere die in Artikel 28 Absatz 3 Satz 2 der Datenschutz-Grundverordnung geforderten Mindestangaben enthalten. Der Abschluss derartiger Vereinbarungen wird durch § 7 nicht ausgeschlossen. Die für das jeweilige Verfahren mit der Datenverarbeitung beauftragte Stelle ergibt sich aus der vierten Spalte der in der Anlage enthaltenen Tabelle.

Zu § 8

In § 8 wird der bisherige § 6, der mit der Fünfzehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in Hamburg vom 28. Dezember 2023 (HmbGVBl. S. 5) eingefügt wurde, unverändert übernommen. Auf die dortige Begründung wird Bezug genommen.

Zu § 9

§ 9 Absatz 1 regelt das Inkrafttreten der Verordnung. Da die Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in Hamburg vom 28. Januar 2008 (HmbGVBl. S. 51) vollständig durch die vorliegende Verordnung ersetzt wird, ordnet § 9 Absatz 2 die Aufhebung der Verordnung vom 28. Januar 2008 an.